Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 215. **Dienstag** den 3. August 1886. **80. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die dem Kaufmann

Herrn Carl Otto Richard Biehweg,
in Firma Carl O. R. Biehweg,

unterm 24. Februar 1883 beziehentlich 7. Juni 1883 ertheilten Concessionen zur Beförderung von Auswanderern nach überseeischen Häfen und Abschließung hierauf bezüglicher Verträge im Auftrage der Compagnie Générale Transatlantique in Paris, der Herren von der Becke & Marsily in Antwerpen, der Herren Prins & Zwanenburg in Amsterdam und der Herren Morris & Co. in Hamburg, ferner im Auftrage der Niederländisch-Amerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft zu Rotterdam und des Handlungshauses Carl Ludwig Böddeker in Bremen infolge Ablebens des Concessionars Herrn Biehweg erloschen sind.

Leipzig, den 29. Juli 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 2753. Dr. Tröndlin. Reichel.

Bekanntmachung.

Ein von Adam Müller (oder Muller), Bürger zu Leipzig, 1554 gestiftetes Stipendium von 40 ℳ 46 ₰ jährlich ist an hiesige Studirende und zwar zunächst an Verwandte des Stifters, in deren Ermangelung an Merseburger Stadtkinder und wenn deren keine die hiesige Universität besuchen, beliebig auf zwei Jahre von und mit Michaelis ds. Js. an zu vergeben.

Wir fordern diejenigen Herren Studirenden, welche sich in einer der angegebenen Eigenschaften um dieses Stipendium bewerben wollen, hierdurch auf, ihre Gesuche mit den erforderlichen Bescheinigungen bis zum 30. September ds. Js. schriftlich bei uns einzureichen.

Später eingehende Bewerbungen können Berücksichtigung nicht finden.

Leipzig, den 30. Juli 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Das von **Nicolaus Schlautitz**, Bürger zu Leipzig, im Jahre 1512 gestiftete Stipendium von jährlich 39 ℳ 12 ₰ ist von Michaelis ds. Js. ab an einen Studirenden aus dem Geschlechte der Schlautitz, in deren Ermangelung an hiesige Bürgerssöhne, von uns auf zwei Jahre zu vergeben.

Diejenigen Herren Studirenden, welche sich um dieses Stipendium bewerben wollen, veranlassen wir, ihre Gesuche nebst den erforderlichen Bescheinigungen bis zum 30. September ds. Js. schriftlich bei uns einzureichen.

Spätere Gesuche können Berücksichtigung nicht finden.

Leipzig, den 30. Juli 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

Wegen des Einlegens von Gasrohren wird
die Gellertstraße
von **Donnerstag**, den **5. August ds. Js.** ab auf die Dauer der etwa 14 Tage in Anspruch nehmenden Arbeiten **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 31. Juli 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 7878. Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Das dem am 22. December 1865 geborenen Fabrikarbeiter Carl Gottlieb **Hennig** im Jahre 1880 in Niedercunnersdorf ausgestellte Arbeitsbuch ist verloren gegangen und bitten wir, dasselbe im Auffindungsfalle bei uns Obstmarkt Nr. 3, II., Zimmer 115 (Stadthaus) abzuliefern.

Leipzig, am 26. Juli 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 3230. Dr. Tröndlin. Reichel.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 26. Juli bis zum 1. August dieses Jahres im Argandbrenner bei 2.5 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 16.65fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0.423.

Leipzig, am 2. August 1886.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden hier erstatteter Anzeige zufolge:

1) ein **Frauenkleid ohne Taille**, von schwarzem Kaschmir, mit Faltel und Shawl, ein **Frauenmantel** von schwarzem fein gerieftem Stoff mit schwarzem Spitzenbesatz und drei roth- und weißlein carrirte **Bettüberzüge**, aus einer Wohnung in Nr. 24 der Reichsstraße, vom 21. bis 25. v. Mts.;

2) ein fast neuer **Frauen-Regenmantel von braunem**, rauhem Stoff mit einer Reihe großer Metallknöpfe, aus einer Wohnung in Nr. 30 der Gerberstraße, vom 23. bis 28. v. Mts.;

3) ein ziemlich neuer dunkelgrauer **Sommerüberzieher** mit Sammetkragen, verdeckter Batterie, schwarzem Futter, im Henkel die Firma „Neumann, Schneidermeister, Leipzig", **und ein neuer Regenschirm** mit Gloriabezug, aus einer Wohnung in Nr. 11 der Nicolaistraße, am 26. v. Mts.;

4) **Eine silberne Cylinderuhr** mit der Nr. 4341 und wappenähnlichem Schildchen auf der Rückseite, nebst kurzer Nickelkette, dem Eigenthümer am 27. v. Mts. Nachmittags auf dem Königsplatze aus der Hand entrissen;

5) ein **Deckbett** mit buntem Inlett und roth- und weißcarrirtem Ueberzug, F. B. gez., aus einem Fremdenzimmer des Gasthauses Nr. 30 der Gerberstraße, vom 28. bis 29. v. Mts.

6) **ein Frauen-Regenmantel** von erbfarbigem Stoffe, mit einer Reihe Metallknöpfen, schwarzem Sammetkragen und mit schwarzer Schnure und Perlen besetzt und ein Paar ziemlich neue **Frauenstiefeln** mit Gummieinsätzen, an der Seite mit 5 Knöpfen besetzt, aus einer Kammer in Nr. 2 der Nicolaistraße, am 1. dss. Mts. Vorm.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind angelegentlich bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 2. August 1886.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Z. V.
Junck, Polizei-Rath. **L.**

Bekanntmachung.

Die von uns ausgeschriebene Sparcassenbuchhalterstelle ist besetzt.

Liebertwolkwitz, den 2. August 1886.

Der Gemeinde-Rath.
Adler.

Bekanntmachung.

Der diesjährige Obstanhang im hiesigen Kammergutswerkicht und auf den zur hiesigen Königlichen Saline gehörigen Grundstücken am rechten Ufer der Saale soll

Donnerstag, den 5. August ds. Js.,
Vormittags 10 Uhr

im hiesigen Salzamtsgebäude meistbietend verkauft werden.

Die Bedingungen hierzu werden im Termine selbst bekannt gemacht, können jedoch auch vorher in unserer Registratur eingesehen werden.

Dürrenberg, den 24. Juli 1886.

Königliches Salzamt.

Nichtamtlicher Theil.

China und Deutschland.

Zwischen China und Deutschland hat sich im Laufe der letzten Jahre ein Verhältniß gestaltet, welches auf gegenseitiger Achtung beruht und auf Seiten Chinas aus der Ueberzeugung hervorgegangen ist, daß die deutschen Einrichtungen für die Umformung der chinesischen als beste Muster dienen können. Praktisch ist die Vorliebe Chinas für deutsche Einrichtungen bisher auf militairischem Gebiete und vorzugsweise auf dem der Marine zur Geltung gekommen. Die Maschinenbauanstalt Vulkan bei Stettin hat eine Anzahl Kriegsschiffe für China gebaut, welche allen Anforderungen an die Schiffsbaukunst der Neuzeit genügen und China in den Stand setzen, mit den seefahrenden Nationen der Erde den Wettkampf auf dem Ocean zu beginnen. Bisher hielt China auch im Schiffsbau an seinen alten Ueberlieferungen fest, aber die feindliche Berührung mit den europäischen Mächten hat die Chinesen zu der Erkenntniß geführt, daß das System der Abschließung von den übrigen Völkern der Erde sich ohne Gefahr für den Bestand Chinas nicht länger aufrecht erhalten läßt und deshalb sind sie aus ihrer Zurückhaltung herausgetreten und sind gegenwärtig bemüht, ihr Kriegswesen und ihre Seemacht zeitgemäß umzugestalten.

Der letzte Krieg mit Frankreich bezeichnet in dieser Beziehung einen Wendepunct für die Entwickelung Chinas. Die Eroberung von Sontay, Bacninh und anderen festen Plätzen durch die Franzosen hat bewiesen, daß die chinesischen Festungen auch den bescheidensten Anforderungen an Widerstandsfähigkeit nicht genügen und wenn auch die Küstenbefestigungen von Futschu schon eine gewisse Aehnlichkeit mit europäischen Befestigungen hatten, so ließen sie doch immer noch sehr viel zu wünschen übrig und machten es dem französischen Admiral leicht, den Chinesen empfindlichen Schaden zuzufügen. Der französisch-chinesische Krieg ist wesentlich zur See entschieden worden, während zu Lande die Schwierigkeiten, welche Bodenbeschaffenheit und Klima den Angreifern darboten, erst nach längerer Zeit hätten überwunden werden können.

Für die Beurtheilung der wahren Sachlage, welche in Frankreich durch den Krieg mit China erzeugt war, erwies sich der Vertreter Chinas bei der französischen Republik, der sogenannte Marquis Tseng, von unschätzbaren Werthe. Seine Berichte bestärkten den Tsung-Li-Yamen (das auswärtige Amt in Peking) in seinem Widerstand gegen die französischen Forderungen, und ihm war es hauptsächlich zu verdanken, daß der Krieg mit einem moralischen Siege Chinas schloß, denn China trat weder Land ab, noch zahlte es Kriegsentschädigung, der ganze Gewinn, welchen die Franzosen davon trugen, waren einige chinesische Grenzfestungen und die Freiheit, sich mit den Tonkinesen und Anamiten so lange herumzuschlagen, als es ihnen beliebt. Die Geschicklichkeit des Marquis Tseng und der beiden Diplomaten, welche das himmlische Reich nach einander in Berlin vertraten, Li-Fong-Pao und Hü-Ching-Cheng, brachte es dahin, daß die chinesische Regierung allmälig Klarheit über die Mängel gewonnen hat, welche seinen militairischen Einrichtungen zu Lande und zur See noch anhaften. Sie hat eingesehen, daß es mit dem Ankauf von Krupp'schen Kanonen und Hinterladern, mit der Bestellung von Kriegsschiffen und der Erlernung ihrer Führung allein nicht gethan ist, sondern daß die chinesische Armee und Marine einer gründlichen systematischen Umschaffung bedarf, wenn China gegen die Gefahren der Zukunft den nöthigen Schutz erhalten soll.

Die drei genannten Diplomaten haben in der Verbreitung richtiger Vorstellungen in China über europäische Verhältnisse mehr geleistet, als alle ihre Vorgänger zusammengenommen und besonders ist es Marquis Tseng, welcher, mit scharfer Beobachtungsgabe und Unterscheidungsvermögen für das Wesentliche ausgerüstet, mit Erfolg bemüht gewesen ist, seinen Aufenthalt in Europa für seine Landsleute nutzbringend zu verwerthen. Wie er der rechte Mann war, um den Widerstand Chinas gegen Frankreich anzufeuern und im Schwunge zu erhalten, so erkannte er auch die große Bedeutung des Fürsten Bismarck für die Entwickelung der gesammten politischen Verhältnisse auf der ganzen Erde und die Schwere des Gewichts, welches Deutschland als Macht in die Waagschale zu werfen hat. Bevor Tseng Europa verläßt, hat er sich nach Kissingen begeben, um den leitenden deutschen Staatsmann persönlich kennen zu lernen und dann hat er den deutschen Kronprinzen in Potsdam aufgesucht, um die empfangenen Anregungen an maßgebender Stelle zu ergänzen und praktischen Zielen zuzuführen. China kann selbstverständlich Deutschland nur vom Gesichtspuncte des Schülers aus betrachten, wenn der asiatischen Macht auch in Zukunft eine hervorragende Rolle sicher bleibt. Vorläufig ist es für China von größtem Interesse, zu erfahren, welche Anschauungen über seinen Beruf als asiatische Großmacht an leitender Stelle in Deutschland herrschen. Der Krieg zwischen China und Frankreich hat China darüber belehrt, wie peinlich man in Europa die Pflichten der Neutralität erfüllt. Die vom Vulkan erbauten chinesischen Kriegsschiffe haben Jahre lang im Kieler Hafen gelegen, ohne daß China darüber verfügen konnte, erst der Friedensschluß hat die Schranken geöffnet, welche die chinesischen Kriegsschiffe in Deutschland zurückhielten. China hat sein Augenmerk für die nächsten Jahrzehnte hauptsächlich auf die Eröffnung neuer Verkehrswege zu richten und in erster Linie hat es die Wasserstraße ins Auge zu fassen. Der Vertreter Chinas in Deutschland, Hsü-Ching-Cheng, war bei der Feier in Bremen zugegen, welche aus Anlaß der Abfahrt des ersten deutschen subventionirten Postdampfers nach Ostasien begangen wurde. Er war sich der Bedeutung dieser Feier für die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und China wohl bewußt und gab diesem Bewußtsein in wohlgesetzter Rede Ausdruck; diese Beziehungen sind von unberechenbarer Entwicklungsfähigkeit und zwar um so mehr, als auf beiden Seiten der ernste Wille vorhanden ist, sie aufs Beste auszunutzen.

Für das Verhältniß zwischen China und Deutschland ist das Vertrauen entscheidend, welches China Deutschland entgegenbringt, daß diese Macht weit entfernt ist von dem Gedanken, Chinas Unerfahrenheit auf politischem und volkswirthschaftlichem Gebiete zu dessen Schaden auszubeuten. Die chinesischen Staatsmänner, welche in Berlin beglaubigt waren, haben hinreichende Gelegenheit gehabt, die Uneigennützigkeit der deutschen Regierung zu erkennen. Wenn wir China mit Rath und That unterstützen können, damit es die Höhe der Entwickelung erreicht, deren es fähig ist, so ist diese Bereitwilligkeit stets vorhanden, aber was die deutsche Staatsleitung in dieser Beziehung gewährt, geschieht nicht auf Kosten der berechtigten Interessen Chinas. Die Westafrikanische Conferenz in Berlin ist der beste Werthmesser für die Absichten, welche Deutschland als colonisirende Macht verfolgt. China hat von Deutschland niemals Schädigung, sondern nur Förderung zu erwarten. Diese Ueberzeugung war es auch, welche die Schritte Tseng's nach Kissingen und nach Potsdam leukte.

Leipzig, 3. August 1886.

* Die Entsendung eines außerordentlichen päpstlichen Vertreters zur Theilnahme an der Heidelberger Jubelfeier hat in Berliner Regierungskreisen einen ausgezeichneten Eindruck gemacht; man erblickt darin einen neuen Beweis der Versöhnlichkeit und des Entgegenkommens des Papstes Leo XIII. und schlägt ihn um so höher an, als die Universität Heidelberg seit vielen Jahrzehnten einen ausgeprägt protestantischen und deutschnationalen Charakter trägt und manche ihrer Lehrer Führer im kirchenpolitischen Kampfe der jüngsten Zeit waren. Dieser bemerkenswerthe Schritt des Papstes veranschaulicht deutlich die große Wandlung, die seit Kurzem in den Beziehungen des deutschen Kaiserreichs zur Curie eingetreten ist, und giebt einen Maßstab dafür, wie weit die Verständigung zwischen den beiden Theilen bereits gediehen ist. Auch im Centrumslager wird man die Bedeutung dieses neuen Zeichens der Zeit gewiß zu würdigen wissen.

* Der auch von uns mitgetheilte Bericht der „Kölnischen Zeitung" aus St. Petersburg „Die Verstimmung der russischen Gesellschaft gegen Deutschland" hat in den weitesten Kreisen Beachtung gefunden. Es wird darüber dem genannten Blatte aus Berlin geschrieben:

Diese russische Verstimmung ist seit langer Zeit hier mit Bedauern beobachtet worden, und es wird gewiß nur eine Klarstellung zur Folge haben, wenn diese Beobachtung einen so ruhigen und unbefangenen Ausdruck findet, wie es von Seiten ihres Petersburger Berichterstatters der Fall gewesen. Unbegreiflich ist, wie die Russen als Grund ihres Hasses eine angebliche Undankbarkeit Deutschlands Rußland gegenüber angeben können, wenn es auch nicht zu leugnen ist, daß das leider seit langer Zeit nur zu häufig und in immer verschiedenartigeren Wendungen geschieht. Wer die letzten Erzeugnisse nur mit einigermaßen wachem Auge verfolgt, wer insbesondere noch die letzten Congreßverhandlungen in klarer Erinnerung hat, dem erscheint es fast unmöglich, daß ein unterrichteter Russe dies glauben kann. Man will sich in Rußland für den Haß die Berechtigung, die nicht vorhanden ist, künstlich schaffen. Deutschland kann eher über russischen Undank gegen die vollständig hingebende Unterstützung klagen, welche es den russischen Wünschen auf dem Berliner Congreß geleistet hat. Schon die Berufung des Congresses überhaupt erfolgte ausschließlich auf Rußlands Wunsch, und der Reichskanzler, der damals eben an schwerer Krankheit gelitten hatte, wurde nur durch den ausdrücklichen Wunsch Kaiser Alexander's II. bestimmt, sich trotz seines leidenden Zustandes auf die Berufung und den Vorsitz des Congresses einzulassen. Auf dem Congreß ist kein einziger russischer Antrag gestellt worden, der nicht von Deutschland unterstützt worden wäre, und man darf es wohl als zweifellos bezeichnen, daß diese Unterstützung Rußland selbst dann zur Seite geblieben wäre, wenn die russischen Vertreter weitergehende Anträge gestellt hätten, als geschehen ist. Daß Rußland sich zu solchen weitergehenden Anträgen nicht entschlossen hat, kann der deutschen Politik doch nicht zur Last gelegt werden. Die Nachgiebigkeit der russischen Politik hatte keinerwegs ihren Grund in einer Ablehnung Deutschlands, sie zu unterstützen, sondern lediglich in der Abneigung Rußlands, sich in einen Kampf mit England einzulassen, nachdem die während des Krieges gebotene Gelegenheit, Konstantinopel zu besetzen, von den Russen versäumt worden war. Deutschland hat auf dem Congreß Lord Beaconsfield gegenüber einige der russischen Forderungen mit schärfster Entschiedenheit und mit der Drohung, den Congreß abzubrechen, wenn England nicht nachgebe, durchgesetzt. Von keiner anderen Seite hat Rußland auf dem Congreß eine ähnliche Unterstützung erhalten, und wenn es sie erhielt, so verdankt es dieselbe dem deutschen Einfluß auf andere Mächte. Wenn nun trotzdem anstatt der Anerkennung, welche die deutsche Politik auf dem Congreß von Rußland zu erwarten berechtigt war, gleich nach Beendigung des Congresses unter Leitung des Fürsten Gortschakoff und unter Bezeichnung aller Organe der Regierung die deutsche Politik der Gegenstand der heftigsten Anfechtungen und Drohungen in der russischen Presse wurde, so mußte diese Erscheinung bei den Leitern der deutschen Politik den Eindruck einer ähnlichen Undankbarkeit machen, wie sie etwa Rußland zur Zeit des Krimkrieges Oesterreich gegenüber empfunden hat. Die Bitterkeit der Empfindungen der Deutschen über diese Vorgänge hat sich indeß in keiner andern Weise bemerkbar gemacht als in einer Verminderung des Vertrauens auf die Zuverlässigkeit der russischen Freundschaft und in einer größeren Vorsicht der deutschen Politik im Hinblick auf solche Möglichkeiten der Zukunft, in welchen man auf russische Freundschaft sonst hätte rechnen können. Deutschland ist durch die damaligen Erlebnisse veranlaßt worden, seine Beziehungen auch zu andern europäischen Mächten mit gleicher Sorgfalt zu pflegen wie die zu Rußland, weil es nicht mehr mit derselben Entschiedenheit wie früher auf das Wohlwollen seiner östlichen Nachbarn rechnen darf.

* Als Nachfolger des Herrn von Courcel in Berlin ist Herr Lefèvre de Behaine genannt worden, der unter Benedetti in Berlin als Botschaftsrath fungirte und in den damaligen Verhandlungen als Vertreter Benedetti's die famosen Eröffnungen gemacht hat. Weiter hört man Herrn Cambon nennen, der sich bei der Annexion von Tunis hervorthat. Auf der anderen Seite erhält sich das Gerücht, daß Herr v. Courcel, der in Berlin ein seltenes Vertrauen genießt, sich doch noch bestimmt fühlen könnte, sein Entlassungsgesuch zurückzunehmen. Jedenfalls schweben nach Allem, was zu erfahren ist, die Verhandlungen über die Person seines Nachfolgers noch, und ist insbesondere die bei der Ernennung den Botschaftern übliche Anfrage, ob die Persönlichkeit des gewählten Diplomaten genehm wäre, in Berlin noch nicht ergangen.

* Zum Antrag von Hammerstein schreibt die „Nationalliberale Correspondenz":

Während sich einerseits die Zustimmungserklärungen mehren, welche man durch rege Agitation in evangelisch-orthodoxen Kreisen dem Antrag von Hammerstein zu verschaffen weiß, zeigen sich andererseits Symptome, aus denen sich genauer erkennen läßt, welche Grenzen dieser Bewegung gesteckt werden dürften. So wurde auf der Bezirkssynode zu Baer, die 11 lutherische Gemeinden der Kreise Winsen und Celle in Hannover umfaßt, von einem Kirchenvorstand beantragt, eine Zustimmungserklärung zum Antrag Hammerstein zu erlassen, der Antrag aber auf den Einwurf des Generalsuperintendenten und Mitgliedes des Landeskonsistoriums in Hannover Dr. Düsterwick, daß solche kirchenpolitischen Anträge nicht in die Synode gehörten und der Beunruhigung, namentlich des beantragenden Kirchenvorstandes, nicht unterlägen, abgelehnt. Auch in der Synode zu Bielefeld erhob der anwesende Generalsuperintendent Rebe heftigen Widerspruch gegen eine derartige Zustimmungserklärung, welche allerdings trotzdem beschlossen wurde. Diese Vorgänge erweisen, daß die der Hammerstein'schen Agitation zu Grunde liegenden katholisirenden Anschauungen nach keineswegs von der evangelischen Geistlichkeit in Preußen als solche getheilt werden. Sollten unsere hochkirchlichen Hetzsporne in ihren Bestrebungen, nach dem Muster der katholischen auch eine evangelische Hierarchie zu schaffen, auch noch weitere Gefolgschaft gewinnen, so glauben wir doch, daß die Mehrheit unserer Geistlichen über das durch ihr Wesen bedingte Verhältniß der evangelischen Kirche zum Staat klar genug denkt, um nicht mit in den Ruf nach „erweiterter Selbstständigkeit" einzustimmen.

Die Haltung des obengenannten Dr. Düsterwick in dieser Frage beingt die „Kreuzzeitung" auf die Vermuthung, daß sich in dem Landes-Consistorium zu Hannover die Ansicht und Absicht finde, womöglich aus der hannoverschen Landeskirche keine Zustimmungen zum Hammerstein'schen Antrage hervorgehen zu lassen. „Ob diese Absicht erreicht wird", fährt das Blatt fort, „ist noch nicht zu sagen, jedenfalls stehen wir hier vor einer nicht ganz unerheblichen innerkirchlichen Schwierigkeit. Indessen ist es doch viel besser, daß diese Schwierigkeit sogleich allgemein bekannt, ruhig gewürdigt und in rechter Weise überwunden werde. Wir vertrauen zu einem großen Theile unserer Geistlichkeit, daß sie, unbeirrt durch die Zurückweisung auf ihren angeblich nicht hinreichend legitimirten, antikatholischen Standpunct, die größere Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche dennoch anstreben und an ihrem Theile befördern werde." Sehr bezeichnend für die ganze Bewegung ist, daß der Gemeinden dabei auch nicht mit einer Silbe gedacht wird. Getreu dem katholischen Vorbild beschließt man die Sache im engeren Rathe der Eiferer, und setzt dabei voraus, daß die gedrängte Heerde auch hierin dem Hirten folgen wird. Wenn die Herren dabei nur nicht die allerdings sehr lehrreiche Erfahrung machen müssen, daß eine katholische und eine protestantische Kirchengemeinde zwei grundverschiedene Dinge sind und daß sich auf diesem Gebiete eine Umwandlung schwerer vollzieht, als in gewissen politischen Kreisen. Der „Stöcker'sche Reichsbote" nimmt zwar noch gewaltiger Art den Mund sehr voll und verkündet: „Wenn sich Preußen nicht die Sympathie der evangelischen Bevölkerung Deutschlands verscherzen will, so muß es der evangelischen Kirche eine der katholischen Kirche entsprechende Selbstständigkeit gewähren. Nicht bloß in Preußen, sondern auch in Süddeutschland hat, wie war aus Zuschriften von dort ersehen, die Verschiedenartigkeit, mit welcher man die katholische und die evangelische Kirche behandelt, einen sehr ungünstigen, peinlichen Eindruck gemacht".

Dem gegenüber muß man nun fragen, hat man denn diese „Verschiedenartigkeit" erst jetzt entdeckt? Besteht dieselbe, vorzüglich was den Nervus rerum, den Geldpunct, anbetrifft, nicht schon länger, als sechs Jahrzehnte, und ist in der Zwischenzeit zur besseren Dotation der evangelischen Kirche nicht viel, sehr viel geschehen? Warum dringen unseren orthodoxen Geistlichen ihr Verhältniß zur staatlichen Macht, das doch durch Luther und seine Reformation begründet und durch eine 300jährige Geschichte sanctionirt wurde, erst jetzt ein drückendes zu werden? Wir glauben, ein Theil unseres evangelischen Klerus hat in dem Culturkampf zu viel von seinem katholischen Collegen angenommen, und so wird man unwillkürlich von Neuem an das alte Wort erinnert, daß jeder protestantische Pfarrer am liebsten selbst ein kleiner Papst wäre. Auf der Synode zu Bielefeld ist das gewichtige Wort gefallen: „Die Lage ist derartig, daß die Steine schreien müssen, wenn die kirchlichen Vertretungen, welche gegenwärtig tagen, schweigen wollten. Es wird eine Bewegung in dem evangelischen Volke entstehen, die auch die Leiter der Kirche nöthigen wird, mitzugehen".

Warten wir die Sache ruhig ab. Wir könnten uns allerdings eine mächtige Bewegung im evangelischen Volke denken, sie müßte aber eine geistige, und nicht, wie die gegenwärtige, eine finanzielle Richtung einschlagen.

* Bei einer Besprechung der vielerörterten Aeußerungen des Professor Schmoller über die akademische Freiheit und die Auswüchse des studentischen Lebens bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", insbesondere was den vorwiegend gegen die Hörer der juristischen Facultät gerichteten Vorwurf der Faulenzerei betrifft: „Andererseits wird man doch auch ganz allgemein zu der Frage gedrängt, ob denn die Schuld nur auf Seiten der zum Lernen, oder nicht zum Theil auch auf Seiten der zum Lehren Berufenen liegen möchte. Die Lust zum Lernen wird mit der Anregung zum Denken gegeben, welche von den Docenten ausgehen muß. Mit Recht äußerte sich daher auch der berühmte Rechtslehrer Puchta in der Einleitung zu seinen „Institutionen" in dem Sinne, daß die Erfindung der Buchdruckerkunst für die Universitätsstudien dann bedeutungslos erscheine, wenn in den Collegien nur vorgetragen werde, was bereits im Drucke Jedermann zugänglich sei. Wir haben tüchtig Gottlob noch bedeutende Universitätslehrer auch in den juristischen Facultäten, welche ihr Auditorium zu fesseln und anzuregen verstehen." Zum Schluß sagt das Blatt: „Wir resumiren uns aber gleichwohl nicht dahin, daß das studentische Leben, wie es sich in Deutschland entwickelt hat, in jeder Hinsicht lobenswerth sei; wohl aber erklären wir uns dafür, daß man der akademischen Freiheit und Dem, was der deutsche Student darunter versteht, keinen solchen Zwang anthun soll, welcher mit den Verirrungen auch den idealen Schwung ersticken könnte."

* Aus Baden wird uns geschrieben: „Die Ankunft des Erzbischofs Roos, welche in einigen Wochen erfolgt, wirft bereits ihre Schatten voraus. Nach Allem, was über den neuen Kirchenfürsten verlautet, ist derselbe verföhnlich und wird den Hetzern das Handwerk legen, und da haben denn unsere Ultramontanen es angezeigt gefunden, bei Zeiten andere Saiten aufzuziehen. In einer dieser Tage in Offenburg abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Actiengesellschaft Badenia, der Eigenthümerin des größten badischen ultramontanen Kampfblattes „Badischer Beobachter", nahm man einstimmig folgende Resolution an: „Die außerordentliche Generalversammlung der Badenia spricht die einmüthige bestimmte Erwartung aus, daß in den katholischen Blättern unseres Landes die aufrichtige Stimmung der Versöhnung durchgreife, um es in gemäßigten Formen, aber in entschiedener Bethätigung der bewährten Grundsätze der katho-